

5954/AB XX.GP

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 6348/J betreffend 380 kV - Leitung im Südburgenland, welche die Abgeordneten Mag. Schweitzer und Kollegen am 20.5.1999 an mich richteten, stelle ich fest:

Antwort zur Präambel und zu den Punkten 1, 3 und 5 der Anfrage:

In dem vom Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten durchgeführten stark stromwegerechtlichen Vorprüfungs - und Baubewilligungsverfahren konnte eine Trasse definiert werden, die sowohl den berührten öffentlichen Interessen als auch den berührten privaten Interessen bestmöglich entspricht. Der Bau der 380 kV - Leitung in der mit dem starkstromwegerechtlichen Baubewilligungsbescheid des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten vom 1.3.1995, festgelegten Form liegt im öffentlichen Interesse an der Elektrizitätsversorgung und dient, unter besonderer Berücksichtigung der Stromversorgungssituation im Burgenland, dem allgemeinen Besten.

Der VERBUND konnte mit fast allen der über 2.000 betroffenen Grundeigentümern privatrechtliche Verträge über die für die Leitungserrichtung, den Betrieb und die Erhaltung erforderlichen Dienstbarkeitsrechte abschließen. Im Enteignungsverfahren mit den Eigentümern des in der Anfrage genannten Reiterhofes, wurden vom Verhandlungsleiter meines Ressorts alle Bemühungen unternommen, eine einvernehmliche Regelung zwischen dem VERBUND und den Eigentümern des Reiterhofes zu erzielen. Leider scheiterte dies an den stark überhöhten Entschädigungsvorstellungen der Antragsgegner.

Zur angesprochenen Leitungsumplanung ist auszuführen, daß die Eigentümer des Reiterhofes im starkstromwegerechtlichen Baubewilligungsverfahren im Jahre 1994 keinen Einwand gegen die 380 kV - Leitung erhoben haben. Sie haben aber beantragt, die 20 kV - BEWAG - Leitung, welche quer über ihr Anwesen und direkt im Bereich ihres Reitstalles verlief, zu demontieren und zu verkabeln. Diesem Wunsch wurde mit dem Baubewilligungsbescheid meines Ressorts vollinhaltlich entsprochen. Die BEWAG hat ihre 20 kV - Freileitung mittlerweile abgetragen und an der, der Liegenschaft abgewandten Straßenseite verkabelt. Der Kostenaufwand dafür betrug öS 1,5 Mio.

Eine Umplanung und Verlegung der Leitungsanlage kann im Stadium eines Enteignungsverfahrens - abgesehen davon, daß die kostspieligen Tragwerke für die 380 kV - Leitung bereits errichtet wurden und nur mehr der Seilzug ausständig ist - nicht mehr erfolgen. Der Verwaltungsgerichtshof hat nämlich festgestellt, daß im starkstromwegerechtlichen Baubewilligungsverfahren die Leitungsanlage räumlich festgelegt wird, wogegen es in der Frage der Einräumung von Zwangsrechten nur mehr um die Durchsetzung der festgesetzten Leitungsanlage geht.

Antwort zu den Fragen 2, 4 und 9 der Anfrage:

Der umfangreiche Auflagenkatalog des Baubewilligungsbescheides und die Tatsache, daß mit fast allen betroffenen Grundeigentümern gütliche Vereinbarungen über die Dienstbarkeitsrechte abgeschlossen werden konnten, zeigen, daß den Anregungen und Wünschen der betroffenen Grundeigentümer entsprochen wurde. Das Anwesen der Eigentümer des Reiterhofes wird nur am Rand durch einen der beiden Dienstbarkeitsstreifen der 380 kV - Leitung berührt. Dabei kommt es zu keiner Verformung, Durchschneidung oder Reduzierung des Restgrundes auf eine unwirtschaftliche Größe. Die betroffene Fläche ist als Grünland - Landwirtschaft gewidmet. Der dem Enteignungsverfahren bei gezogene Sachverständige hat der Entschädigungsberechnung eine Bewertung als Bauland - Hoffungsland zugrundegelegt, die für die Antragsgegner günstiger ist.

Antwort zu den Fragen 6, 7 und 8 der Anfrage:

Die Bestimmungen des AVG sehen vor, daß Sachverständige von der Behörde ausgewählt und bestellt werden. Dem Amtssachverständigen wurde im Enteignungsverfahren der Auftrag erteilt, zum Verhandlungsvorbringen Befund und Gutachten zu erstatten.

Im Rahmen der 380 kV - Leitungsplanung kann den Parteien keine Möglichkeit eingeräumt werden, gegen die Bestellung einzelner Amtssachverständiger Einwände zu erheben, weil der Kreis der Parteien erst nach Durchführung der Leitungsplanung feststeht. Allerdings hatten die Parteien im Verwaltungsverfahren die Möglichkeit, Fragen an die Amtssachverständigen zu stellen oder deren Unbefangenheit oder Fachkunde zu bezweifeln, wie es das AVG vorsieht. Aufgrund der Judikatur des Verwaltungsgerichtshofes wurde den Parteien auch die Möglichkeit eingeräumt, den Ausführungen des Amtssachverständigen auf gleicher fachlicher Ebene entgegenzutreten.